

Politik macht Schule

Bildung Am Sonntag wird abgestimmt. St. Galler Schüler entscheiden mit, über welche Vorlagen sie im Unterricht sprechen. Wie stark Lehrer ihre persönliche Meinung äussern, gilt es immer wieder aufs Neue zu klären.

St. Galler Tagblatt, 5.2.19

Katharina Brenner
katharina.brenner@tagblatt.ch

St. Galler Schülerinnen und Schüler machen sich derzeit für eine andere Klimapolitik stark. Neben der Zukunft des Planeten wird im Kanton St. Gallen in diesen Wochen ein weiteres Thema diskutiert, das die Jungen betrifft: die IT-Bildungsoffensive. Am Sonntag entscheidet das St. Galler Stimmvolk, ob es den Sonderkredit über 75 Millionen Franken für die IT-Bildungsoffensive spricht. Das Geld soll in fünf Bereiche fliessen, darunter die Entwicklung digitaler Lernmedien, auch das Interesse an Informatik, Naturwissenschaften und Technik soll gefördert werden. Massnahmen, die den Unterricht betreffen, mit einem Informatikstudium in St. Gallen auch mögliche Berufswege von Jugendlichen. Interessiert diese das Thema? In den Klassenzimmern nimmt es jedenfalls keinen Raum ein.

Über die IT-Bildungsoffensive redet er im Unterricht nicht, das Interesse sei zu gering, sagt Michael Masson, der das Ergänzungsfach Politik an der Kantonsschule am Burggraben leitet. Er behandle vor allem Vorlagen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz: Masseneinwanderungs-Initiative, Selbstbestimmungs-Initiative, Unternehmenssteuerreform III. «Durchaus auch komplexe Themen.» Und nationale. Das sei jedoch kein Kriterium, so Masson. Das Verhüllungsverbot im Kanton St. Gallen hätten die Schülerinnen und Schüler beispielsweise heiss diskutiert. Diese Debatten seien Teil der politischen Bildung und sehr wichtig, lautet der Tenor an den St. Galler Kantonsschulen und am Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St. Gallen (GBS). Die IT-Bildungsoffensive sieht auch Veränderungen in der Berufsbildung vor, im Unterricht der GBS ist sie aber kein Thema. Sie sei auf einer recht allgemeinen Konzeptebene, für den Unterricht sei das zu abstrakt, sagt Rektor Lukas Reichle. «Bei uns ist die Zersiedelungs-Initiative gerade der Renner», meint Mathias Gabathuler, Rektor der Kantonsschule am Brühl.

Amt für Mittelschule begrüsst Einbezug von Vorlagen

Im St. Galler Mittelschulgesetz heisst es, die Mittelschule bilde «die Schülerinnen und Schüler nach den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit im Rahmen des Rechtsstaates zu verantwortungsbewussten Menschen sowie Bürgerinnen und Bürgern». Tina Cassidy, Leiterin des Amtes für Mittelschule im Kanton, sagt: «Der Einbezug aktueller Vorlagen wird begrüsst. Aktuelle Abstimmungen können im Unterricht dort thematisiert werden, wo sie Sinn machen, klassisch im Fach Geschichte.» Weitere Fächer sind Deutsch, Wirtschaft oder Philosophie. Die CVP-GLP-Fraktion im St. Galler Parlament hat in einem Vorstoss Bedenken an der politischen Bildung im Kanton geäussert (siehe Kasten).

Deren Grundlagen werden im Kanton St. Gallen bereits in der Primarschule gelegt, im Fach Natur, Mensch, Gesellschaft. «Schülerinnen und Schüler sollen eigene Anliegen einbringen sowie politische Prozesse erkennen können und damit politische Handlungskompetenz erlangen», sagt Alexander Kummer, Leiter des Amtes für Volksschule. Diskussionen im Vorfeld von Abstimmungen liessen sich der politischen Bildung zu-



An den St. Galler Mittelschulen werden Abstimmungsvorlagen gerne diskutiert – häufig im Fach Geschichte.

Bild: Christian Beutler/KEY

ordnen, die im Lehrplan in verschiedenen Bereichen thematisiert werde, «auch wenn sie keinen eigenen Fachbereich darstellt». Gesellschaftliche Fragestellungen, Aktualitäten oder Alltagserfahrungen der Schülerinnen und Schüler spielen bei der Auswahl der Themen eine wichtige Rolle. Diese liege in der Kompetenz der Lehrperson.

Wie stark darf deren Meinung in den Unterricht einfließen? «Die Lehrpersonen sollen in erster Linie einen fachlichen Input geben und eine Diskussion moderieren», sagt Cassidy. Ziel sei, Ar-

gumente aus verschiedenen Lagern aufzunehmen, damit sich die Schülerinnen und Schüler eine eigene qualifizierte Meinung bilden können. «Die Lehrpersonen dürfen dabei keinesfalls eine Abstimmungsempfehlung geben oder nur einseitig informieren.»

Rektor macht eigene Meinung klar erkenntlich

Wie sieht das in der Praxis aus? «Solange der neutrale Meinungsbildungsprozess nicht beeinflusst wird, darf die Lehrperson ihre persönliche Meinung am

Schluss zum Ausdruck bringen, wenn die Schülerinnen und Schüler dies wünschen», sagt Marc Caduff, Prorektor der Kantonsschule Heerbrugg. Ähnlich handhabt es die Kantonsschule am Brühl. Wenn die Schüler nach seiner Meinung fragen, sage er sie ihnen, sagt Rektor Mathias Gabathuler. «Ich betone dann explizit, dass es sich um meine ganz persönliche Meinung handelt.» Er habe auch Lehrerinnen und Lehrer an seiner Schule, die das aus Prinzip nicht machen. Ein realistisches Bild der politischen Bildung an Schulen zeichnet Do-

ris Dietler Schuppli, Rektorin der Kantonsschule Wil: Dass Lehrerinnen und Lehrer «als Stimmbürger und Menschen» selbst auch gewisse Haltungen und Werte haben und dass diese in Handlungen und Äusserungen zum Ausdruck kommen können, sei «wohl unumgänglich». «Schliesslich sind wir Menschen, die mit Menschen umgehen, und keine neutralen Automaten.» Wichtig sei vor allem, dass diese Haltungen nicht dazu benutzt werden, um die Schülerinnen und Schüler bewusst zu beeinflussen.

«Lehrerinnen und Lehrer sind keine neutralen Automaten.»



Doris Dietler Schuppli
Rektorin Kantonsschule Wil

Interpellation Wer nicht schon früh abstimme und wähle, werde dies auch später kaum tun, schreibt die CVP-GLP-Fraktion in einer Interpellation. Da die Stimmbeteiligung gerade bei jungen Menschen gering sei, befürchten die Parlamentarier eine Schwächung der Demokratie. Sie verweisen auf den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Volksschule und wollen von der St. Galler Regierung wissen, wie diese den Stellenwert der politischen Bildung und die Idee eines eigenen Schulfachs Politische Bildung beurteilt. Die Antwort der Regierung liegt nun vor. Politische Bildung habe im Lehrplan, der seit August 2017 in Vollzug ist, «keinen neuen, akzentuierten Stellenwert» erhalten. In der Primarschule würden die Grundlagen zur politischen Bildung gelegt, vorgängig im

Besorgt um Wählernachwuchs

Fach Natur, Mensch und Gesellschaft. Zu «politischen Handlungskompetenzen» zählt die Regierung etwa das Einbringen eigener Anliegen im Klassenrat.

Eigenes Fach drängt sich für Regierung nicht auf

Auf der Oberstufe stünden im Fach Räume, Zeiten, Gesellschaften «die Basis-konzepte Demokratie und Menschenrechte» im Vordergrund. Über die Grenzen des eigentlichen Fachs hinaus würden die Fertigkeiten, Fähigkeiten sowie «die Wissensbasis zur politischen Bildung geschult, erlernt und vernetzt». Es ergebe sich ein «sinn- und wirkungsvolles Gesamtbild», ein eigenständiges Schulfach zur politischen Bildung dränge sich nicht auf. Die Regierung verweist auch auf Familien und Gemeinschaft:

Dort müsse begleitend «die Sensibilisierung für politische Fragestellungen, Bürgerpflichten und die Teilhabe am öffentlichen Leben» stattfinden.

Die Abstinenz bei Wahlen und Abstimmungen kann gemäss Regierung nicht mit fehlendem politischen Interesse gleichgesetzt werden. Sie könne auch «Ausdruck von Zufriedenheit mit dem politischen System» sein. Eine Studie der Pädagogischen Hochschule St. Gallen, an der 1333 Jugendliche aus St. Gallen und den beiden Appenzell auf Sekundarstufe 1 teilnahmen, ergab: 44 Prozent der Jugendlichen sind politisch interessiert, 56 Prozent nicht. Von einem allgemeinen politischen Desinteresse könne nicht gesprochen werden, folgert die Regierung. «Auch wenn durchaus noch Entwicklungspotenzial besteht.» (kbr)